



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Postulat von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion: Mehr zeitliche Verbindlichkeit staatlicher Dienstleistungen

Autor/in: [Klaus Kirchmayr](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 16. Mai 2013

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Der Staat verlangt von seinen BürgerInnen und Unternehmen in praktisch allen Fällen bei denen diese etwas vom Staat wollen die Einhaltung von Fristen. Beim Wohnortwechsel, der Einreichung der Steuererklärung, bei Bau- oder Betriebsbewilligungen sind teilweise enge Fristen einzuhalten und man verwirkt sein Recht oder riskiert gar eine Busse bei Nichteinhalten dieser Fristen.

Auf der anderen Seite verpflichtet sich der Staat äusserst selten selbst zur Einhaltung solcher Fristen im Amts-Verkehr mit seinen BürgerInnen und Unternehmen. Dies kann zu kostspieligen und nervenaufreibenden Verzögerungen führen. Will sich der Staat als moderner Dienstleistungs-Betrieb verstehen, sollte er anstreben für seine "Kunden" möglichst berechenbar zu sein. Hierzu gehört auch eine Zusage in welcher Zeit er eine gewisse Dienstleistung erbringen kann.

Eine solche zeitliche Verbindlichkeit wäre ein wesentlicher Standortvorteil und würde zur Berechenbarkeit und mittelfristig auch zum Abbau von Bürokratie bzw. zu effizienteren Dienstleistungen des Staates beitragen. Natürlich lässt sich dies nicht für jede staatliche Dienstleistung umsetzen, aber zumindest für den grossen Teil standardisierter Dienstleistungen sollte dies angestrebt werden.

Entsprechend wird beantragt:

Die Regierung wird eingeladen die Einführung verbindlicher Fristen für möglichst viele staatliche Dienstleistungen im Sinne von mehr Berechenbarkeit und weniger Bürokratie für seine "Kunden" in Angriff zu nehmen.

Desweiteren soll die Regierung aufzuzeigen, welche gesetzlichen Anpassungen für die Umsetzung von verbindlicheren Fristen bei der Erbringung staatlicher Dienstleistungen notwendig sind.